

Inhalt

Verwaltungsreform – die Zweite 1

Gentechnik

Editorial 2

Arme Kommunen müssen einen lebenswerten Alltag bieten können 3

Turn It Up! – Popkultur und Musikwirtschaft in Sachsen 4

Lehrerbildung braucht Neustart 6

CDU schafft staatliches Misstrauen

Gutachten gibt Empfehlungen zur schulischen Inklusion

GRÜNE-Fraktion gründet Runden Tisch Gesundheit 7

GRÜNE-Fraktion für Quote in Führungspositionen

Termine 8

Grüne Spitzen

Umweltsauerei des Monats Illegaler Giftmüll in Cröbern

Impressum

Verwaltungsreform – die Zweite: Schlimmer geht's immer

Die sächsische FDP ist für schmissige Slogans bekannt. „Kulturwandel in der Verwaltung“ überschreibt der federführende FDP-Justizminister Jürgen Martens die geplante Staatsmodernisierung bis 2020. Danach soll die Verwaltung endlich „effizient und bürgernah, rechtmäßig und nachvollziehbar, technologisch entwickelt, unbürokratisch und lernend“ funktionieren. Leider gelten all diese Attribute nicht für die Staatsregierung. Wie sonst lässt sich erklären, dass sie die Fehler der Verwaltungs- und Funktionalreform von 2008 wiederholt, die, wir erinnern uns, mehr Bürgernähe schaffen und Einsparungen erbringen sollte, die bis heute nicht nachgewiesen werden können.

Das Grundproblem lag und liegt in der fehlenden Aufgabenkritik. Anstatt zunächst den IST-Zustand zu untersuchen, das Ziel zu bestimmen und daraufhin die notwendigen Schritte für die Umsetzung in Angriff zu nehmen, rollt die Regierung ihren „Kulturwandel“ von hinten auf. Ohne Klarheit über Ziele und Inhalte der Behördenarbeit werden die Standorte für 2020 geplant. Bürgernähe, Quantität und Qualität der öffentlichen Dienste bleiben auf der Strecke. Die von Justizminister Martens angekündigte Diskussion zum Verwaltungsumbau blieb ein Lippen-

bekenntnis, sonst hätten wir ihn auf dieses Problem hingewiesen. Stattdessen verkündete Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) am 25. Januar vor der Presse – nicht vor dem Parlament – das Standortkonzept aller Behörden bis 2020. 17.000 Stellen sollen durch Altersabgänge und damit jährlich 1 Mrd. Euro Personalkosten eingespart werden. Wie das mit den steigenden Aufgaben der öffentlichen Verwaltung im Land zusammen gehen soll, bleibt ein Rätsel. Es fehlt ein Personalkonzept, das die Überalterung der Landesbediensteten im Blick hat.



Gentechnik

Während sich Sachsens Bauern auf die Aussaat vorbereiten, arbeitet die GRÜNE-Fraktion an einem 8-Punkte-Programm zur gentechnikfreien Landbewirtschaftung. Gemeinsam mit Linken und SPD fordert sie die Staatsregierung auf, sich auf Landes- und Bundesebene für den Verzicht auf Agrogentechnik einzusetzen und dem europäischen „Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ beizutreten. Sachsen würde dem Beispiel Thüringens folgen, das sich als erstes Bundesland zur gentechnikfreien Region erklärt hat. Bis dahin

müssen dicke Bretter gebohrt werden. Für Landwirtschaftsminister Frank Kupfer (CDU) ist die Agrogentechnik eine Zukunftstechnologie. Rückendeckung erhält er von einer Handvoll Bauern, die auch in diesem Jahr wieder Flächen zur Aussaat des verbotenen Genmaises Mon 810 von Monsanto angemeldet haben. Dass sich unser Engagement trotzdem lohnt, zeigt der Vergleich mit 2010: Wurden im letzten Jahr noch 550 ha Ackerland in Sachsen für den Anbau von Mon 810 angemeldet, sind es aktuell nur noch 70 ha.





Foto: Simanowski

Recht behalten, kann grausam sein. Wir GRÜNEN würden angesichts der Atomkatastrophe in Japan gern darauf verzichten, wenn wir Zerstörung und Leid ungeschehen machen könnten.

Der Vorwurf, dass wir als GRÜNE von dieser Entwicklung profitieren würden, geht ins Leere. Es ist natürlich, dass grüne Mitglieder in dieser Situation im Wahlkampf motiviert sind. Und dass Wählerinnen und Wähler ebenso motiviert sind, ihre Stimme für die GRÜNEN abzugeben. Teile der Anhängerschaft der Pro-Atom-Parteien CDU und FDP wenden sich hingegen ab, da beide das Land lange in falscher Sicherheit gewogen haben. Es war naheliegend, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt das vorletzte Stück ins GRÜNE-Ost-Puzzle einfügen konnten.

Wie bei jedem Sprung ins Parlament gilt es, den Vertrauensvorschuss zu rechtfertigen. Unserer sächsischen Fraktion erwächst ein neuer Partner – nicht zuletzt beim Thema Energie. Denn aus dem Akzeptanzverlust für die Atomkraft ergibt sich eine Verpflichtung:

Wir müssen noch engagierter für Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien streiten. Auch wenn im Osten die Atomkraftwerke seit 20 Jahren vom Netz sind, sollte Sachsen – vor dem Hintergrund Tausender Toter im früheren Uranbergbau – seinen Beitrag zum Atomausstieg leisten. Für die GRÜNE-Fraktion lag es auf der Hand, in einer aktuellen Landtagsdebatte Ende März sowohl den von der Staatsregierung weiter verfolgten Atommülltransport in verseuchte russische Gebiete zu problematisieren als auch Sachsens Beitrag zu einer sicheren und stabilen Energieversorgung einzufordern.

Die Debatte wurde leider erst nach Redaktionsschluss geführt. Stattdessen bietet diese Ausgabe Neues zur Verwaltungsreform, Überlegungen zur Mindestfinanzausstattung der Kommunen, einen Bericht über die Lage der Popkultur und vieles mehr.

Andreas Jahnel, Pressesprecher
andreas.jahnel@slt.sachsen.de

Verwaltungsreform – die Zweite: Schlimmer geht's immer

Auch die Pläne für die drei Landesdirektionen (LD) lassen einem die Haare zu Berge stehen. Als Mittelbehörden haben die LD vor allem regionale Aufgaben: Verwaltungskontrolle in Widerspruchsverfahren, Rechtsaufsicht für Kommunen, Planfeststellungs- und andere Genehmigungsverfahren. Sie sollen zu einer Superbehörde mit zwei Außenstellen fusionieren. Für eine bürgernahe und dezentrale Verwaltung wäre es nach Ansicht der GRÜNEN-Fraktion klüger, die drei existierenden Landesdirektionen in einer schlankeren Form beizubehalten. Diesen Vorschlag unterbreitete die Fraktion bereits bei der letzten Verwaltungsreform. Damals rang sich die Staatsregierung nach vollmundigen Ankündigungen lediglich zu einer Umbenennung der Regierungspräsidien in Landesdirektionen durch. Dieses Mal versucht sie, die Umgestaltung inhaltlich zu unterfüttern, was sie nur noch schlimmer macht. So plant Innenminister Markus Ulbig (CDU) die Abschaffung der Widerspruchsverfahren, die Bürgerinnen und Bürger könnten also nicht mehr auf kostengünstigen Rechtsschutz und damit verbundene Akteneinsichts- und Anhörungsrechte zurückgreifen. Stattdessen müssten die Gerichte angerufen werden. Das ist eine Entlastung des Staates, die auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger sowie Gerichte geht. Letztere stehen vor einer besonders

interessanten Herausforderung, da der Justizminister zugleich die Konzentration von Gerichten und Staatsanwaltschaften an weniger Standorten plant. Damit nicht am Ende das Gefühl staatlicher Willkür herrscht, schlägt die GRÜNE-Fraktion vor, das Widerspruchsverfahren, verbunden mit besseren Informationsrechten der Bürgerinnen und Bürger, zu einem Instrument der Verwaltungs(selbst-)kontrolle auszubauen.

Einen großen Umbruch erwartet die Polizei. Der geplante Abbau von 2.600 Stellen bis 2020 geht auch hier mit Zentralisierung einher: Die Polizeidirektionen werden von sieben auf fünf reduziert, die Reviere von 71 auf 41. Der Innenminister verspricht sich davon zusätzliche Polizisten für die Arbeit vor Ort. Tatsächlich gäbe es nach seinen Berechnungen sachsenweit zehn (!) „Bürgerpolizisten“ mehr, die deutlich längere Wege zwischen Dienststelle und Einsatzort zurücklegen müssten. Da Sachsen bereits jetzt Defizite bei der Polizeiarbeit in der Fläche hat, fordern wir von der Regierung eine Analyse der momentanen Einsatzzeiten sowie eine Prognose über die Interventionszeiten nach der Reform. Gibt es zu große Lücken, muss der Umbau überdacht werden. Abgesehen davon brauchen wir für Notfalleinsätze eine festgelegte gesetzliche Interventionszeit. Andere Länder planen längst mit diesem Instrument.

Weitere Probleme erwarten wir im Zuge der Verringerung der Finanzämter von 28 auf 17 und des Umzugs der Sächsischen Aufbaubank nach Leipzig. Als Förderbank arbeitet sie viel mit Ministerien und Privatbanken zusammen. Ihr Verbleib in Dresden wäre daher sinnvoll. Der sächsische Rechnungshof soll 2020 nach Döbeln, das Landesamt für Archäologie nach Chemnitz und Bildungsminister Roland Wöller (CDU) will ‚seine‘ Behörden in seinem Wahlkreis konzentrieren. Die Kosten dieser Behördenrochade, die nur den Wegfall bürgernaher Verwaltung in Folge der Verwaltungsreform 2008 kaschieren soll, kostet nach Regierungsangaben 300 Mio. Euro. Angesichts verllorener Aufwendungen für die Sanierung nicht mehr genutzter Liegenschaften ist das zu niedrig angesetzt.

Betrachtet man die Vorhaben in Gänze, ist es ungeheuerlich, dass der Verwaltungsumbau weder mit dem Landtag noch den betroffenen Behörden diskutiert wurde; nur Wahlkreisabgeordnete und Landräte der CDU waren informiert. Leider kennen wir diese undemokratische Staatskultur von der sächsischen Regierung seit langem. Ein „Kulturwandel in der Regierung“ wäre daher erstes Gebot der Stunde, damit die Verwaltung überhaupt noch eine Chance hat, für die Bürgerinnen und Bürger zu funktionieren.

Arme Kommunen müssen einen lebenswerten Alltag bieten können

Während der Beratungen zum Doppelhaushalt 2011/2012 hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch eingehend mit der Finanzsituation der Kommunen beschäftigt. Insbesondere zwei Fragen hat sie dazu vom Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management in Leipzig untersuchen lassen: Wie könnte eine Mindestfinanzausstattung für finanzschwache Kommunen aussehen, damit sie im Alltag lebensfähig bleiben? Und wie könnten die finanziellen Folgen des demografischen Wandels für die Kommunen gemildert werden?

Die auf den Berechnungen des Instituts fußenden zwei Änderungsanträge haben im Parlament leider keine Mehrheit gefunden. Dennoch wird weiter über die grünen Vorschläge diskutiert, etwa in Gesprächsterminen mit etlichen Bürgermeistern.

Der Bevölkerungsrückgang macht die Kommunen klamm

Wie sehen die grünen Ideen für die vielerorts klammer werdenden Kommunen aus?

Die Berechnungen des Leipziger Instituts haben ergeben, dass aufgrund der demografischen Entwicklung bis zum Jahr 2020 ca. 44 Mio. Euro aus dem kreisangehörigen Raum in die drei Großstädte verschoben werden. Innerhalb der kommunalen Familie verteilt sich die Belastung wie folgt: 18 Mio. Euro verlieren die Landkreise und 26 Mio. Euro die kreisangehörigen Gemeinden.

Zwischen den Gemeinden kommt es ebenfalls zu Verschiebungen: Im Jahr 2020 werden ca. 150 Gemeinden aufgrund von Bevölkerungszuwächsen Mehreinnahmen in Höhe von rund 24 Mio. Euro erzielen, während die übrigen ca. 300 Einwohner verlierenden Kommunen mit Mindereinnahmen von insgesamt 50 Mio. Euro rechnen müssen.

Menschen erleben vor Ort, ob Politik und Staat funktionieren. Finanzielle Einbußen stellen so manche Kommune vor eine schier unlösbare Aufgabe und somit lokal den Staat infrage. Das akzeptieren wir nicht. Deshalb sollen die demografiebedingten Mindereinnahmen bis 2020 ausgeglichen werden. Im Jahr 2011 könnten den betroffenen Kommunen erstmals 5,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden, 2012 bereits 11 Mio. Euro. Ziel der Fraktion ist, über 2012 hin-

aus eine jährlich steigende Summe in den Haushalt einzustellen, um die Folgen der demografischen Entwicklung abzufedern.

Relative Mindestfinanzausstattung für schwache Kommunen sichern

Dieser Ausgleich reicht aber noch nicht. Durch den Kommunalen Finanzausgleich (FAG) steigen die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einnahmen der finanzschwächsten Kommunen in Sachsen zwar auf ca. 65 Prozent. Doch es ist davon auszugehen, dass dies für die Finanzierung kommunaler Aufgaben dauerhaft nicht ausreicht. Daher ist eine finanzielle Mindestausstattung wichtig.

Wir schlagen zunächst eine „relative Mindestfinanzausstattung“ in Höhe von 75 Prozent der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einnahmen – bei einem Ausgleichsfaktor von 90 Prozent – vor. Das Modell lehnt sich an den in Deutschland praktizierten Länderfinanzausgleich an, der ebenfalls in zwei Stufen funktioniert.

Berechnungen zeigen, dass die Einnahmen einer der finanzschwächsten Kommunen durch diesen zusätzlichen Ausgleichsmechanismus um 14 Prozent angehoben werden könnten. Insgesamt würden 130 Gemeinden in Sachsen von diesem Vorschlag profitieren (vgl. Abbildung). Die damit verbundenen Kosten in Höhe von max. 7 Mio. Euro könnten aus den „Bedarfszuweisungen“ im kommu-

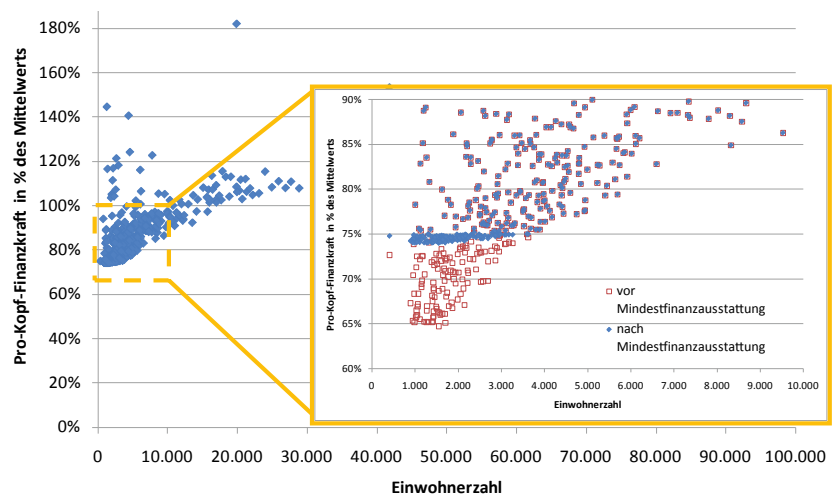
nalen Finanzausgleich finanziert werden. Die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse ließe sich so erkennbar bewahren oder sogar verbessern.

Ein Beispiel

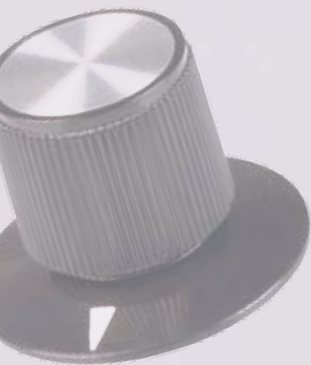
Der Unterschiedsbetrag der Gemeinde A zwischen ihren Pro-Kopf-Einnahmen nach Schlüsselzuweisungen (65 Prozent bzw. 500 Euro) und den gewünschten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einnahmen (75 Prozent bzw. 583 Euro) beträgt 83 Euro. Dieser Unterschiedsbetrag soll zu 90 Prozent ausgeglichen werden, so dass Gemeinde A jährlich pro Kopf 75 Euro mehr erhält. Die gesamte Finanzausstattung beträgt dann nicht 780.000 Euro sondern 892.000 Euro. Dies entspricht 73,97 Prozent der durchschnittlichen Pro-Kopf-Finanzkraft.

Die Zielstellung der GRÜNEN-Fraktion ist es, so viel Zustimmung für diese Idee zu finden, dass die Staatsregierung bei den Verhandlungen für das FAG 2013/2014 nicht umhin kommt, für die finanzschwachen Kommunen in Sachsen mehr zu tun als bisher.

Mindestfinanzausstattung 75% / 90%



Quelle: Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management in Leipzig, Nov. 2010. Modellrechnungen zum Kommunalen Finanzausgleich im Freistaat Sachsen



Turn It Up! – Popkultur und Musikwirtschaft in Sachsen brauchen mehr Unterstützung

„Schon mal dran gedacht, von deiner Musik zu leben?“ Bei dieser Frage winken viele Musikschaaffende schnell ab. Will sich jemand konsequent der Musik widmen, bleiben häufig nur Gelegenheitsjobs oder der Gang zur Arbeitsagentur. Ob Bands und DJs, die sich finanziell über Wasser halten wollen, einzelne Künstler und Initiativen, die sich für Musikkultur engagieren, oder Produzenten, Labels, Agenturen, Veranstalter und Musikmedien, die nach tragenden Geschäftsmodellen suchen – sie alle bewegen sich im Spannungsfeld zwischen kreativer Freiheit und wirtschaftlicher Existenz.

Die Musikszene ist Motor und Ausdruck kulturellen Lebens. Sie hat soziale, kulturelle und Bildungsfunktionen, spielt aber auch eine wirtschaftliche Rolle – allerdings wird diese bislang viel zu wenig ernst genommen. Auch Musikschaaffende nehmen am Wirtschaftskreislauf teil, selbst wenn sie nicht primär kommerzielle Erfolge anstreben. Beim Kauf von Instrumenten, für Aufnahmen und Promotion, bei Auftritten und Verkäufen werden Leistungen nachgefragt und angeboten. Hier schaffen Menschen ihren eigenen Arbeitsplatz und regen eine Wertschöpfungskette aus kleinteiligen Gewerben an. Dieses Potenzial muss gegen-

über der Wirtschaftspolitik deutlich gemacht werden, damit Förderungen von Musikerinnen und Musikern sowie Musikunternehmen endlich als sinnvolle Investitionen verstanden werden.

Die freie Musikszene und die Musikwirtschaft erhalten in Sachsen bisher wenig Unterstützung. Die Branche hat hier eine vergleichsweise geringe Bedeutung, wie dem ersten sächsischen Kulturwirtschaftsbericht von 2008 zu entnehmen ist. Demzufolge gab es vor einigen Jahren 2218 Beschäftigte, davon der überwiegende Teil in der traditionell im Vogtland starken Instrumentenproduktion und im Veranstaltungsbereich. Kaum eine Rolle spielen bislang Musikverlage und Labels. Die Hürden für Musikschaaffende oder Musikunternehmer, die auf eigenen Beinen stehen wollen, sind hoch.



Lediglich 50 selbstständige Musikerinnen und Musiker waren in Sachsen verzeichnet, gezählt wurden allerdings erst Unternehmen ab 17.500 Euro Umsatz im Jahr. Gleichzeitig werden ca. 1.800 Musikschaaffende bei der Künstlersozialkasse (KSK) geführt.

Musikwirtschaft Sachsen – Ausgewählte Zahlen

Unternehmen in der Musikwirtschaft

Instrumentenproduktion	144
Kultur- und Veranstaltungsbetriebe	108
selbstständige Musiker und Komponisten	50
Verlage und Labels	27

Erwerbstätige je Unternehmen

Instrumentenproduktion	10,1
Kultur- und Veranstaltungsbetriebe	3,3
Verlage und Labels	2,2
selbstständige Musiker und Komponisten	1

Quelle: Erster Kulturwirtschaftsbericht für den Freistaat Sachsen 2008

Das zeigt auch, dass die sächsische Musikbranche noch viel Entwicklungspotenzial hat. Empfehlungen, wie dieses besser ausgeschöpft werden kann, blieben im Kulturwirtschaftsbericht unbestimmt. In den letzten Jahren ist auf Seiten der zuständigen Ministerien für Wirtschaft und Kunst nichts Wesentliches passiert. Dabei gibt es in anderen Bundesländern vielfältige Modelle, von denen einiges zu lernen wäre. Und auch in Sachsen werden Wege aufgezeigt. So haben sich einige Künstlerinnen

und Künstler sowie Labels aus dem Bereich elektronischer Musik in Leipzig durch geschickte Vernetzungs- und Marketingstrategien international etabliert. Genutzt wurde dafür auch Förderung aus dem Ausland. In Sachsen blieb Unterstützung aus.

Kreative Fördermöglichkeiten

Beispiel Hamburg

Kleine Live-Clubs bekommen ab 24 Konzerten im Jahr die gezahlte Gema-Gebühr erstattet (Live Concert Account) Indylabels bekommen bis zu 3.000 Euro Förderung für Marketing und Promotion von Bands

Netzwerkbildung und Beratung

Clustermanagement Kultur- und Kreativwirtschaft in Bremen

Seit 2008 fördert eine Community-Managerin die Vernetzung innerhalb der Kreativszene, bildet die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Verwaltung und kümmert sich um alle Belange aus den verschiedenen Bereichen der Kultur- und Kreativwirtschaft. Im Rahmen der Aktivitäten wurde auch ein Szenetreffen der Musikbranche in Bremen durchgeführt.

Die GRÜNE-Fraktion will erreichen, dass mehr Menschen in Sachsen von Musik leben können, dass sie Kreati-

vität und wirtschaftliche Aktivität verbinden können. Wir wollen deshalb das Thema in die Öffentlichkeit bringen und politisches Handeln einfordern. Dabei stellt die Musikszene nur einen Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft dar, dem insgesamt mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Innerhalb der Musikszene gibt es ganz unterschiedliche Bedürfnisse und kaum Interessenverbände. Viele Akteure begreifen sich vor allem als Kunstschaffende, weniger als Unternehmerin oder Unternehmer. In der Folge werden der Bedarf und die Potenziale der Kreativwirtschaft zu wenig nach außen dargestellt. Hier sehen wir als GRÜNE-Fraktion die Notwendigkeit, auf die unterschiedlichen Akteure zuzugehen, Vernetzung, Verständigung und neue Konzepte direkt anzuregen. Dieser politische Ansatz soll diejenigen stärken, die ihre Chancen bislang nicht von selbst einfordern können. Für die Zukunft kommt es darauf an, dass „die Szene erkennt, wie wichtig es ist, sich selbst zu organisieren, sich selbst stark zu machen und auch ins Gespräch zu bringen“, wie Karl-Heinz Gerstenberg, kulturpolitischer Sprecher der GRÜNEN-Fraktion, in seiner Einführung zur Veranstaltung „Turn It Up! – Impulse für die Musikszene in Sachsen“ am 24. Januar 2011 im WERK II in Leipzig betonte.

Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Bandmitglieder, DJs, Vertreter aus den Bereichen Label, Management, Veranstaltung, freie Initiativen und Sozialkultur, waren unserer Einladung gefolgt. Ziel war es, sich über Erfahrungen und

Forderungen der verschiedenen Akteure auszutauschen. In den Workshops und der Podiumsdiskussion ging es unter anderem um den Bedarf an Beratung für eine bessere Selbstvermarktung, um eine bessere Nachwuchsförderung, um spezifische finanzielle Unterstützung und die Frage, wie sinnvolle Strukturen aufgebaut werden können. Für Letzteres wurden bereits konkrete Ideen diskutiert. Einig waren sich alle Beteiligten, dass keine neue staatliche Einrichtung gebraucht wird. Besser wäre eine Service-stelle, die in Ergänzung der Angebote des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes zur Aktivierung der unternehmerischen Szene beiträgt, durch regelmäßige Netzwerktreffen eine gemeinsame Problemanalyse anregt und bereits vorhandene Angebote für Beratung vermittelt und verknüpft.

Die Veranstaltung wurde von vielen Beteiligten als ein neuer Anlauf gesehen. So sind zunächst auch die unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen deutlich geworden, die in der Musikszene aufeinandertreffen. Kontakte wurden hergestellt und erste Ideen für gemeinsame Handlungsmöglichkeiten ausgetauscht. Als Landtagsfraktion wollen wir diesen Prozess nachhaltig unterstützen. Wir werden die Situation der Musikszene in die politische Diskussion bringen und nach Möglichkeiten suchen, wie eine bedarfsgerechte Unterstützung für Popkultur und Musikwirtschaft im Freistaat Sachsen ausgebaut werden kann.



Informationen und Veranstaltungsdokumentation unter: www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/kultur-medien.html

Fotos: ltr / Quelle PHOTOASE, Katrin Richter (2)

Lehrerbildung braucht Neustart

Im Oktober 2010 stellte die Staatsregierung überraschend ihre Eckpunkte zur Reform der Lehrerbildung vor. Sie sieht unter anderem eine Abkehr von der zweiphasigen Ausbildung sowie eine zeitliche Verkürzung der Studiengänge für Grund- und Mittelschule vor. Mit diesen Plänen steuert die Staatsregierung in die falsche Richtung, wie die öffentliche Anhörung auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion zeigte. Experten aus Wissenschaft und Pädagogik sowie Studierende befürchten eine Verschärfung der vorhandenen Probleme.

Auf scharfe Kritik stoßen insbesondere die kürzeren Studienzeiten für Grund- und Mittelschule, weil dadurch erhebliche Qualitätsverluste drohen. Die Verkürzung des Grundschulstudiums widerspricht den Vorgaben der Kultusministerkonferenz. Zudem leisten unterschiedliche Studienzeiten einer ungleichen Bezahlung Vorschub.

Die GRÜNE-Fraktion verfolgt hingegen bei der Reform der Lehrerbildung das Ziel, den innovativen sächsischen Weg weiter zu entwickeln, statt ihn aufzugeben. Die Ausbildung soll nach Altersstufen statt nach Schularten erfolgen, früh mit der schulischen Praxis bekannt machen und im Grundschulstudium mehr pädagogische Anteile enthalten.

Das grüne Konzept einer gemeinsamen Ausbildung von Mittelschul- und Gymnasiallehrerinnen und -lehrern stößt auf weitgehende Zustimmung. Dadurch werden für Studierende Zukunftschancen eröffnet, denn schließlich wird die neue Lehrergeneration bis 2060 in den Schulen tätig sein. Auf diese Weise kann auch das Problem der geringen Anwahl der Mittelschule gelöst werden. Bereits jetzt sind die Studieninhalte von Mittelschule und Gymnasium weitgehend deckungsgleich.

Den Stellungnahmen von Universität Leipzig und TU Dresden zufolge ist die Forderung der Staatsregierung nach einem Beginn der neuen Studiengänge zum Wintersemester 2011/12 schon aus technischen und formalen Gründen nicht zu erfüllen. Zudem würden die Mängel der bisherigen Ausbildung in die neuen Studiengänge hineingepresst. Für die GRÜNE-Fraktion heißt das: Qualität muss vor Tempo gehen. Die Weiterentwicklung der Lehrerbildung braucht einen Neustart.

Gutachten gibt Empfehlungen zur schulischen Inklusion

Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet, das gemeinsame Lernen behinderter und nicht-behinderter Kinder zur Regel zu machen. Die Umsetzung der UN-Konvention verlangt einen grundlegenden Umbau des Schulsystems, da Kinder mit Lernschwierigkeiten derzeit meist auf Förderschulen abgeschoben werden. Die GRÜNE-Fraktion hatte deshalb eine Studie in Auftrag gegeben, wie ein inklusives Bildungssystem in Sachsen gelingen kann.

Die Untersuchung des Erziehungswissenschaftlers Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz, u.a. im Expertenkreis der deutschen UNESCO-Kommission zur Umsetzung der UN-Konvention, zu Stand und Perspektiven der sonderpädagogischen Förderung liegt nun vor. In seinem Gutachten analysiert er Probleme der Integration an sächsischen Schulen und geht auf Vorurteile und Befürchtungen ein.

Besonders wertvoll sind seine konkreten Vorschläge samt Kosteneinschätzung für die Umsetzung schulischer Inklusion. Würden die Empfehlungen ab dem Schuljahr 2011/12 umgesetzt, könnten Preuss-Lausitz zufolge mindestens 85 Prozent aller Kinder mit Förderbedarf in einer inklusiven Schule lernen.

Mehr Infos unter

Zusammenfassung des Gutachtens
gruene-fraktion-sachsen.de/b027d0df
Gutachten zum Stand und zu den Perspektiven inklusiver sonderpädagogischer Förderung in Sachsen
gruene-fraktion-sachsen.de/cf28de58

Foto: Iwan / Quelle: PHOTOCASE

CDU schafft staatliches Misstrauen

Die sächsische Regierung misstraut zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus. Sie möchte die Empfängerinnen und Empfänger von Fördergeld im Rahmen des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“ einem „Gesinnungs-TÜV“ unterziehen.

Mit dem Landesprogramm werden Projekte unterstützt, die sich für die Stärkung von Demokratie und gegen Rechtsextremismus einsetzen. Ausgerechnet diese Projekte sollen nun eine Erklärung unterzeichnen, in der sie sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen und ihren Projektpartnern ebenfalls eine solche Erklärung vorlegen. Bei Verweigerung droht Geldentzug.

Hatte Innenminister Markus Ulbig (CDU) die Erklärung zunächst damit begründet, dass Extremisten keine staatlichen Zuschüsse erhalten sollen, musste er auf Nachfrage zugeben, dass es seit der Einführung des Landesprogramms im Jahr 2005 keinen Fall gegeben hat, in

dem ein „extremistischer“ Verein Fördermittel erhalten habe.

Das verwundert nicht, da die Projekte „Weltoffenes Sachsen“ mehrfach mit sehr überzeugenden Ergebnissen wissenschaftlich überprüft wurden.

Ausgelöst hatte die Debatte über die sogenannte Anti-Extremismuserklärung das Alternative Kultur- und Bildungszentrum (AKuBiZ) Pirna, das im vergangenen November auf den mit 10.000 Euro dotierten Sächsischen Demokratiepreis verzichtete, weil die Unterzeichnung einer solchen Erklärung verlangt wurde. Die grüne Bundestagsabgeordnete Monika Lazar sowie die Landtagsabgeordneten Miro Jennerjahn und Johannes Lichdi spendeten daraufhin 1.500 Euro an den Verein.

Mittlerweile hat ein juristisches Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags dem von staatlicher Seite geforderten Bekenntnis bescheinigt, dass es verfassungsrechtlich bedenklich ist. Eine Demokratie lebt von kontroversen Haltungen und erzwingt von ihren Bürgerinnen und Bürgern keine Bekenntnisse. Die Christlich Demokratische Union sollte sich das zu Herzen nehmen und den „TÜV“ zurücknehmen.

Informationen zum Gesinnungs-TÜV

gruene-fraktion-sachsen.de/22281a9b



GRÜNE-Fraktion gründet Runden Tisch Gesundheit

Es gibt wenige Politikfelder, die so komplex sind wie die Gesundheitspolitik. Jede und Jeder ist betroffen, verschiedene Lobbygruppen machen sich für ihre Interessen stark, die Gesetzeslage ist kaum noch überschaubar und es geht um viel Geld. Hier ist Fachwissen und Kompetenz gefragt. Mit dem „Runden Tisch Gesundheit“ will nun die grüne Landtagsabgeordnete Annekathrin Giegengack den vorhandenen Sachverstand bündeln und in die parlamentarische Arbeit einbeziehen.

Auf ihre Einladung hin kamen Ende Januar erstmals Sachverständige unterschiedlichster Profession aus dem Gesundheitswesen – Allgemeinmedizin, Rettungssanitätswesen, Krankenhausleitung, Psychotherapie, Krankenversicherung und Medizinrecht – zusammen, um sich kennen zu lernen und Themenfelder für die künftige Zusammenarbeit abzustimmen.

Erstes Arbeitsfeld soll die Krankenhausplanung werden. „Wenn wir mit der Staatsregierung auf Augenhöhe diskutieren wollen, müssen wir genau wissen, welche Folgen mögliche Rationalisierungen für die ärztliche Versorgung in den Regionen haben“, erläutert Giegengack. „Dazu müssen wir konkret belegen können, welche medizinische Versorgung wo benötigt wird.“ Da die Sonderfinanzierung des Bundes für Krankenhausinvestitionen in Ostdeutschland in Kürze wegfällt, ist dieses Wissen grundlegend für die anstehenden Auseinandersetzungen um die Verteilung der Zuschüsse.

Der „Runde Tisch Gesundheit“ der GRÜNEN-Fraktion tagt vierteljährlich. Das nächste Treffen findet am 3. Mai, 18 Uhr im Sächsischen Landtag, Raum A498 statt. Interessenten sind herzlich willkommen.



Foto: „Doctor Themed Cupcakes“ von flickr.com/photos/devercupcakes/467593348 © i

Frauen brauchen eine Chance – GRÜNE-Fraktion für Quote in Führungspositionen

In diesem Jahr feierten wir 100 Jahre Internationaler Frauentag. 100 Jahre, in denen Frauen und Männer viel erreicht haben, der Weg zu tatsächlicher Gleichstellung aber noch weit ist.

So sind in den Führungsetagen deutscher Unternehmen Frauen kaum vertreten, obwohl 51 Prozent aller Hochschulabsolventen weiblich sind. Frauen besetzen nur 3,2 Prozent der Vorstandssitze in den 200 größten deutschen Firmen. Im öffentlichen Dienst sieht es nicht viel besser aus. In den sächsischen Staatsministerien sind nur 20 Prozent der Abteilungsleiter Frauen, bei den Staatssekretären sogar nur 10 Prozent.

Das wollen wir ändern. Im Februar hat die GRÜNE-Fraktion einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem wir u.a. forderten, dass sich die sächsische Regierung für eine Mindestquote von 40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten deutscher Aktienunternehmen einsetzt. Die seit 2001 geltende Selbstverpflichtung der Wirtschaft hatte keinen Erfolg.

Auf Landesebene muss die Regierung die Umsetzung von § 15 des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes durchsetzen. Darin heißt es, dass bei Gremienbesetzungen in

Unternehmen mit Landesbeteiligung auf die gleiche Verantwortungsübernahme von Frauen und Männern hingewirkt werden soll – dies ist bisher nicht geschehen.

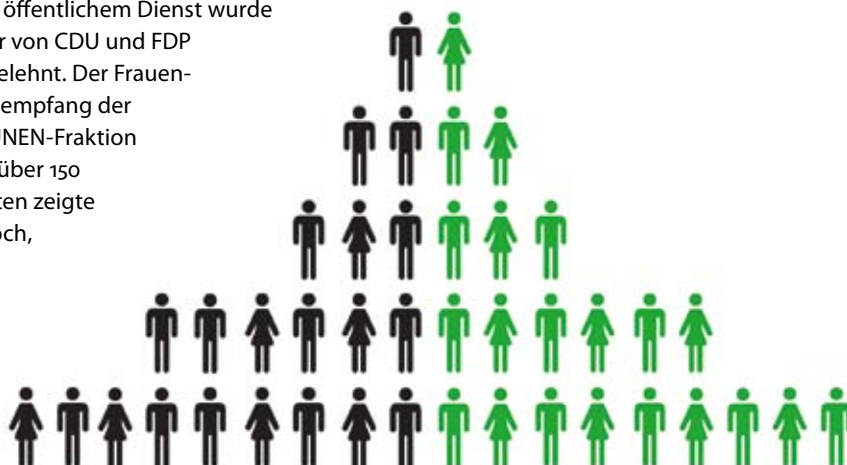
Wie erfolgreich eine Frauenquote sein kann, zeigt sich in unseren eigenen Reihen. Partei, Fraktionsspitze und die wichtigsten Entscheidungsgremien der GRÜNEN sind paritätisch besetzt. Die vielen guten Frauen gibt es nicht zuletzt deshalb, weil sie durch die Quotenregelung eine Chance bekommen haben.

Der Antrag für eine Quote in Wirtschaft und öffentlichem Dienst wurde zwar von CDU und FDP abgelehnt. Der Frauentagsempfang der GRÜNEN-Fraktion mit über 150 Gästen zeigte jedoch,

dass das Thema Geschlechtergerechtigkeit viele Menschen aus Politik, Wissenschaft, Kunst und Kultur umtreibt. Es ist hoffentlich nur eine Frage der Zeit, bis Union und Liberale ihre Haltung korrigieren müssen.

Mehr zum Thema

gruene-fraktion-sachsen.de/2927427e.l



Termine

4. April	18 – 22 Uhr	5. Mai	19 Uhr
Protest der Bürger unerwünscht?		Kampf im Klassenzimmer	
Diskussion zum 19. Februar		Film und Diskussion	
Dresden, Sächsischer Landtag, A 600		Chemnitz, GRÜNER SALON	
bis 12. April	Mo – Fr, 10 – 18 Uhr	9. Mai	18 Uhr
Dresdner Sezession '89		Wird Chemnitz abgehängt – Stadt ohne Schienenfernverkehr?	
Ausstellung		Podiumsdiskussion	
Dresden, Sächsischer Landtag,		Chemnitz, DASTietz	
Packhofflügel			
bis 15. April	Mo – Fr, 8 – 18 Uhr	30. Mai	19 Uhr
Kinderleicht – Minderjährige Mütter in Sachsen		Kampf im Klassenzimmer	
Ausstellung		Film und Diskussion	
Roßwein, Hochschule Mittweida –		Dresden, GRÜNE ECKE	
Standort Roßwein, Haus A, Foyer			
27. April	15.30 Uhr	1. Juni	19 Uhr
Lärmspaziergang		Die Elbe – droht einem der letzten frei fließenden Flüsse Europas der Ausbau?	
Plauen, Stöckigt		Diskussion	
		Meißen, Grüner Laden	
2. Mai	17 Uhr	15. Juni	19 Uhr
Runder Tisch Gesundheit		Sachsen kürzt beim Nahverkehr – was heißt das fürs Muldental?	
Diskussion		Diskussion, Wurzen, GRÜNE wiese	
Dresden, Sächsischer Landtag, A 498			

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie genaue Orts- und Programmangabe unter www.gruene-fraktion-sachsen.de

FRÖSCHEVERSTEHER – UMWELTSÜNDE DES MONATS

Illegaler (Gift-)Müll in Cröbern

Der Müll-Ärger nimmt in Sachsen kein Ende. Mitte Januar deckte MDR-Exakt auf, dass laut italienischer Ermittlungen 2008 rund 2.000 Tonnen Raffinerierückstände nach Cröbern geliefert wurden. Die WEV depolierte das Material, obwohl die zulässigen Grenzwerte bei Arsen, Chlorid, Selen sowie Dioxinen und Furanen überschritten waren. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen illegaler Abfallablagerung. Höchst bedenklich ist, dass wieder einmal die Medien und nicht das sächsische Umweltministerium den Fall aufdeckten. 2009 hatte die Regierung Johannes Lichdi, grüner Obmann im Müll-Untersuchungsausschuss, auf Nachfrage noch versichert, dass keine Verstöße bei der Ablagerung gefährlicher Abfälle bekannt seien. Die GRÜNE-Fraktion wird auch diese illegalen Müllimporte im Abfall-Untersuchungsausschuss des Landtages zum Thema machen und beantragt deshalb Einsicht in die italienischen Ermittlungsakten.

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/4934800
Telefax: 0351/4934809
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Andreas Jähnel (V.i.S.d.P.),
Anne Vetter, Katrin Richter, Grit Ebert

GRÜNE SPITZEN

Antje Hermenau zum GRÜNEN-Antrag „Gleichstellung in der Besetzung von Führungsgremien“ (31. Sitzung des Sächsischen Landtages, 10.02.)
„Ehret die Frauen! Sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben ...“ [Friedrich Schiller]

Hermenau sieht aber auch praktische Gründe für mehr Frauen in den Chefetagen. Sie halte die Finanzkrise manchmal für einen gewaltigen „Testosteronunfall“, sagte Hermenau. Frauen seien geschult im „Rundumblick“ und würden mit mehr Bedachtsamkeit handeln. (BILD, 08.02.).

Eva Jähnigen in der Aktuellen Debatte zu den Ausfällen der Deutschen Bahn während der Wintermonate (29. Sitzung des Sächsischen Landtages, 20.01.):
„Kennen sie diesen Witz schon? Die Deutsche Bahn hat fünf Feinde. Das sind die Feinde des Sozialismus: Frühling, Sommer, Herbst und Winter – der fünfte Feind ist der Fahrgast.“

Miro Jennerjahn zur Aktuellen Debatte „Demokratie in Sachsen verteidigen: Extremismus von Rechts und Links konsequent

bekämpfen“ (25. Sitzung des Sächsischen Landtages, 14.12.)

„Der Journalist Toralf Staud schrieb einmal: «Wo die Mitte der Gesellschaft braun schillert, gilt als linksradikal, wer das Grundgesetz verteidigt.» Das trifft genau den Punkt. Oft genug habe ich erlebt, wie tief CDU-Politiker in die Schweigekartelle involviert sind, wenn es darum geht, ein Neonazi-Problem zu verheimlichen und stattdessen diejenigen zu diffamieren, die das Problem beim Namen nennen.“

Johannes Lichdi in der Aktuellen Debatte zum Missbrauch des Gedenkens am 13. Februar (30. Sitzung des Sächsischen Landtages, 09.02.):

„Wir sind der festen Überzeugung, man kann am 13. Februar nicht still gedenken, wenn zugleich die Nachfahren der Verbrecher, die in Europa einen Vernichtungskrieg gegen die osteuropäischen Völker und den Völkermord gegen die europäischen Juden vom Zaun gebrochen haben, hier ihre ‚geschichtsrevisionistischen‘ Lügen organisieren und vortragen.“